

Es ist, wie es ist: Deutschland ist Militärmacht!

Gerhard Kümmel

Der in den beiden vorangegangenen Ausgaben von *WeltTrends* eröffnete Streitplatz zum Thema *Militärmacht Deutschland?* lädt in der Tat trefflich zu einer Kontroverse ein. Denn er erinnert an große Auseinandersetzungen in der deutschen Geschichte, wie insbesondere die Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er Jahren, die Nachrüstungsdebatte der 1970er/1980er Jahre oder die Diskussion über den Einsatz militärischer Mittel im Angesicht des zweiten Golfkrieges zu Beginn der 1990er Jahre, aber auch an die seit den 1990er Jahren aufgeworfene und immer wieder neu aufzuwerfende Frage einer Beteiligung deutscher Streitkräfte an militärischen Operationen jenseits des deutschen Territoriums und jenseits des Bündnisgebiets der NATO. Derzeit befinden sich nicht weniger als knapp 7.700 deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen (siehe Statistik). Schon allein daran lässt sich ablesen, dass Deutschland eine Militärmacht ist.

Deutschland macht Militär

Dies lässt sich noch mit weiteren (nackten) Zahlen belegen: Deutschland liegt bei den Verteidigungsausgaben im internationalen Vergleich im Jahre 2006 auf dem sechsten Rang, wenn man die absoluten Zahlen betrachtet, auf dem zehnten Platz, wenn man die Verteidigungsausgaben zu Kaufkraftparitäten berechnet, und auf dem achten Platz bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Verteidigung (siehe Tabelle 1).

Diese Ausgaben schlagen sich in militärischem Potenzial nieder. Die Ausrüstung der Bundeswehr bei ihren See-, Land- und Luftstreitkräften ist quantitativ nicht unbeträchtlich, qualitativ hochwertig, technologisch weit fortgeschritten und wird – wie gegenwärtig im Prozess der Transformation – immer wieder modernisiert und damit auf einem hohen Niveau gehalten. Deutschland braucht damit den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Dem Online-Informationssdienst *GlobalFirePower.com* zufolge, der sich – zugegebenermaßen mit einigen Schwächen, da etwa die nuklearen Kapazitäten unberücksichtigt bleiben – an den Versuch eines Rankings der Länder anhand ihrer *Global Fire Power* gewagt hat, liegt Deutschland nach den USA, Russland, China und Indien auf dem fünften Platz und damit noch vor Ländern wie Frankreich, Japan, die Türkei, Brasilien, Großbritannien, Süd-

* Der Autor vertritt in diesem Beitrag ausschließlich seine persönliche Meinung.

Tabelle 1: Die 15 Länder mit den höchsten Verteidigungsausgaben im Jahr 2006

| Militärausgaben zu Marktpreisen | in Mrd. USD | Militärausgaben nach Kaufkraftparitäten | in Mrd. USD | Militärausgaben pro Kopf der Bev. | in USD |
|------------------------------------|----------------|--|----------------|--------------------------------------|--------|
| USA | 528.7 | USA | 528.7 | USA | 1756 |
| GB | 59.2 | China | 188.2 | Saudi-Arabien | 1152 |
| Frankreich | 53.1 | Indien | 114.3 | GB | 990 |
| China | 49.5 | Russland | 82.8 | Frankreich | 875 |
| Japan | 43.7 | GB | 51.4 | Australien | 676 |
| <i>Deutschland</i> | 37.0 | Frankreich | 46.6 | Italien | 514 |
| Russland | 34.7 | Saudi-Arabien | 36.4 | Südkorea | 455 |
| Italien | 29.9 | Japan | 35.2 | <i>Deutschland</i> | 447 |
| Saudi-Arabien | 29.0 | Brasilien | 32.0 | Kanada | 414 |
| Indien | 23.9 | <i>Deutschland</i> | 31.2 | Japan | 341 |
| Südkorea | 21.9 | Südkorea | 30.1 | Spanien | 284 |
| Australien | 13.8 | Iran | 28.6 | Russland | 244 |
| Kanada | 13.5 | Italien | 28.6 | Brasilien | 71 |
| Brasilien | 13.4 | Türkei | 20.2 | China | 37 |
| Spanien | 12.3 | Pakistan | 15.6 | Indien | 21 |
| Welt insgesamt | 1158 | Welt insgesamt | k.A. | Welt insgesamt | 177 |

Quelle: SIPRI 2007; [www.http://www.sipri.org/contents/milap/milex/mex_major_spenders.pdf](http://www.sipri.org/contents/milap/milex/mex_major_spenders.pdf); abgerufen am 8. August 2007.

korea, Kanada, Australien und Israel (www.globalfirepower.com; abgerufen am 8. August 2007).

Auch auf dem internationalen Markt für Rüstungsgüter spielt Deutschland bzw. spielen die deutschen Rüstungsfirmen eine prominente Rolle. Für den Zeitraum von 2001 bis 2005 rangiert Deutschland mit einem Anteil von sechs Prozent am weltweiten Rüstungsexport von Großwaffen auf Platz vier (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Führende Großwaffenexporteure 2001-2005

Anteil am weltweiten Rüstungsexport (in Prozent)

| | | | |
|-------------|----|-------------|---|
| Russland | 31 | Ukraine | 2 |
| USA | 30 | Kanada | 2 |
| Frankreich | 9 | Niederlande | 2 |
| Deutschland | 6 | Italien | 2 |
| GB | 4 | Schweden | 2 |

Mathias John: Rüstungstransfers – Globaler Handel mit Tod und Gewalt; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17, 2007, S. 17-24, S. 19.

Festzuhalten bleibt nach all diesen Zahlen: Deutschland ist ein relevanter *Military Player* in den internationalen Beziehungen.

Muss Deutschland Militär machen?

Wie schön könnte doch die Welt sein, wenn es Streitkräfte und kriegerische bzw. gewaltsam ausgetragene Konflikte nicht gäbe. Um wie viel produktiver ließen sich die allein im vergangenen Jahr ausgegebenen 1.158.000.000.000 USD (siehe Tabelle 1) einsetzen, wenn man sie nicht in den militärischen Sektor, sondern in die Entwicklungshilfe, den Sozialstaat, das Gesundheitswesen oder die Bildung stecken würde. Was könnte man damit, ach, nicht alles Gutes tun? Verzichten wir also auf das Militär, schaffen wir die Streitkräfte ab, werfen wir die Bundeswehr auf den Müllhaufen der Geschichte!

Eine konkrete Utopie? Die Frage stellen heißt, sie zu verneinen. Der Mensch ist nun einmal kein Gutmensch, sondern voll von Widersprüchen und Ambivalenzen. Er hat Interessen, die nicht immer kompatibel zu den Interessen anderer Menschen ist. Die sozialen Gemeinwesen, insbesondere die staatlich verfassten Gesellschaften, bündeln kollektive Interessen und versuchen, diese mit aber auch gegenüber ihrer Umwelt durchzusetzen.

Interessen müssen nicht, aber sie können in Konflikt geraten. Der Widerstreit von Interessen, der soziale Konflikt ist mithin ein Wesensmerkmal von Gesellschaft. Damit ist zugleich das Politische von Gesellschaft benannt.

Ich folge damit also einem dezisionistischen Politikbegriff, wie er von einem zwar nicht ganz unumstrittenen und durchaus kritikwürdigen, in dieser Frage aber einen grundsätzlichen Tatbestand menschlicher Vergemeinschaftung formulierenden politischen Theoretiker vertreten wird – Carl Schmitt und dessen oftmals als atavistisch-archaisch empfundene, gleichwohl aber treffliche Unterscheidung von Freund und Feind, wie er sie insbesondere in seiner Schrift *Der Begriff des Politischen* entwickelt hat. Danach können sich Situationen ergeben und entwickeln, in denen Menschen und Gesellschaften dazu kommen bzw. sich dazu entscheiden, den Gegenüber als feindlich wahrzunehmen.

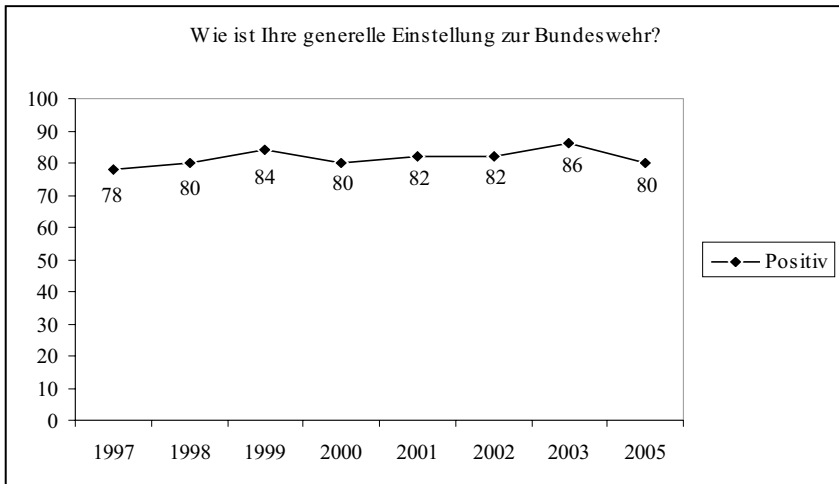
Eine solche Feindschaft kann in unterschiedlichen Formen ausgetragen werden: in extremo auch handgreiflich und gewaltsam. Für diesen Fall versuchen Gesellschaften, mit der Schaffung und Bereitstellung von Gewaltmitteln und Gewaltinstrumenten Vorsorge zu treffen. Die Aufstellung von Streitkräften folgt exakt diesem Impetus. Entsprechend genießt die Bundeswehr in der Masse der Bevölkerung ein kontinuierlich hohes Ansehen, wie den Umfragen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI) in Strausberg zu entnehmen ist. Danach haben – mit leichten Schwankungen – durchgängig etwa vier Fünftel der deutschen Bevölkerung eine positive Einstellung zur Bundeswehr (siehe Schaubild 1).

Doch nicht nur das. Die deutsche Gesellschaft ist auch bereit, erhebliche Summen für den Gewaltapparat Bundeswehr aufzuwenden. So glaubt jeweils die relative Mehrheit der deutschen Bevölkerung, dass die Verteidigungsausgaben so bleiben sollten wie sie sind. Zudem plädieren seit dem Jahr 2000 mehr Deutsche als in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Waren dies zuvor zwischen 12 und 20 Prozent, so sind es seither zwischen 26 und 44 Prozent (siehe Schaubild 2).

Wie und wofür muss Deutschland Militär machen?

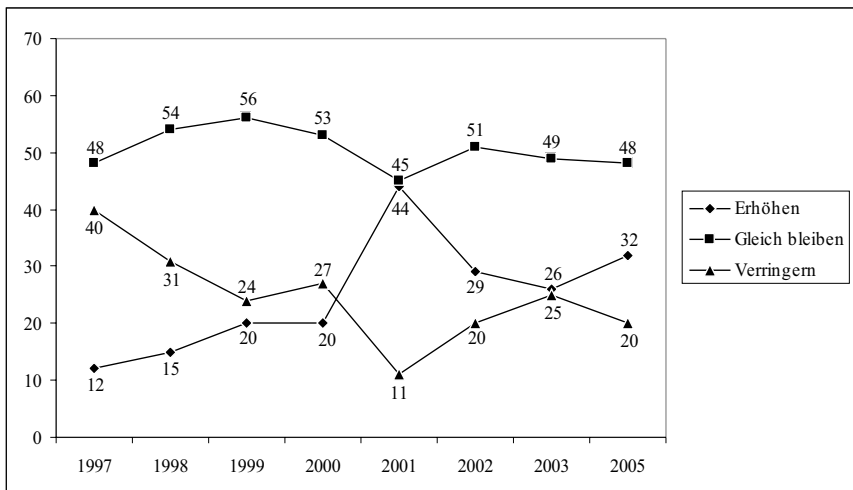
Wie wir gesehen haben, wird die Bundeswehr in den Augen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung also gebraucht, und man ist mehrheitlich bereit, dafür beträchtliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Frage ist jedoch, wie und wofür die deutschen Streitkräfte gebraucht werden. In einer ersten Annäherung kann man allgemein danach fragen, wie sich Deutschland in der internationalen Politik verhalten sollte. Dabei zeigt sich, dass eine relative Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Wunsch hat, sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme zu konzentrieren und sich

Schaubild 1: Einstellung der deutschen Bevölkerung zur Bundeswehr 1997-2005 (Angaben in Prozent)



Quelle: Thomas Bulmahn: Bevölkerungsumfrage 2005. Repräsentative Befragung zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild in Deutschland (SOWI-Ergebnisbericht). Strausberg: SOWI, S. 23.

Schaubild 2: Die Verteidigungsausgaben im Urteil der deutschen Bevölkerung (Angaben in Prozent)

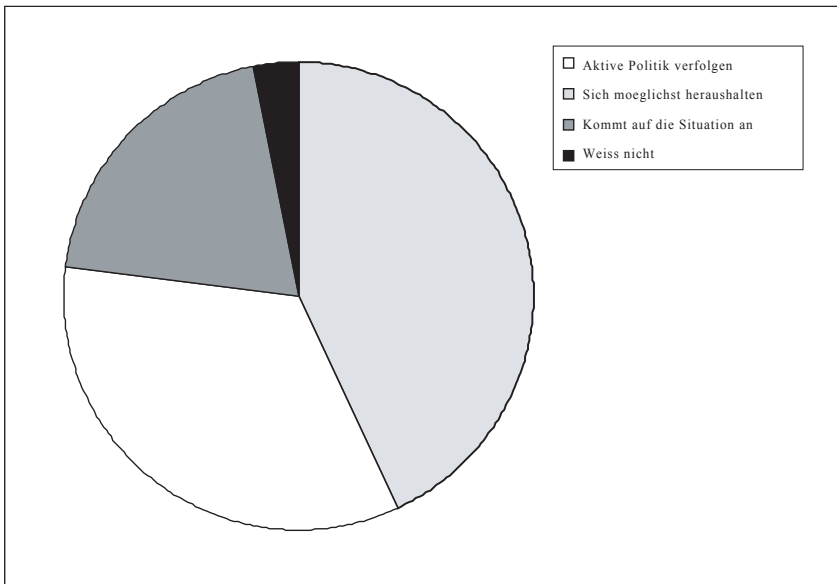


Quelle: Thomas Bulmahn: Bevölkerungsumfrage 2005, a.a.O., S. 37.

aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst herauszuhalten. 34 Prozent sind der Ansicht, dass Deutschland eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Krisen und Konflikten mithelfen sollte. Weitere 20 Prozent machen die Frage des Verhaltens Deutschlands in den internationalen Beziehungen von der jeweiligen Situation abhängig (Siehe Schaubild 3). Mit anderen Worten können sich also auch diese 20 Prozent unter bestimmten Bedingungen ein internationales Engagement Deutschlands vorstellen.

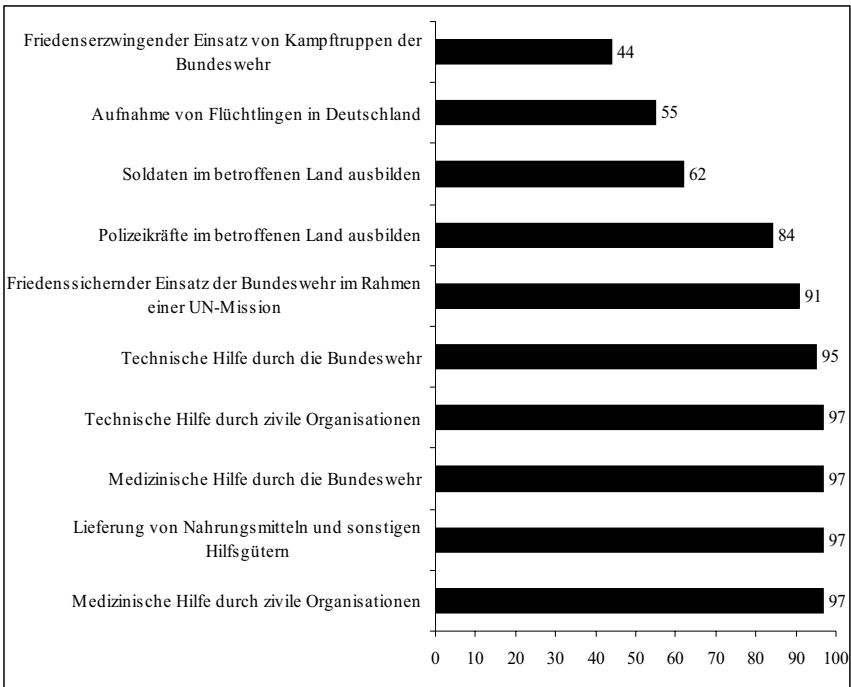
Befragt man nun die eindeutigen Fürsprecher einer aktiven Politik danach, wie Deutschland bei der Bewältigung internationaler Konflikte helfen sollte, dann stehen gewaltfreie und eher überschaubare Maßnahmen durch zivile Organisationen und durch die Bundeswehr im Vordergrund. Mit der Zunahme des Gewaltcharakters einer Maßnahme und mit deren wachsender Komplexität nimmt die Zustimmung der Befürworter einer aktiven Politik ab. Die geringste Zustimmung erfahren friedenserzwingende Operationen von Kampftruppen der Bundeswehr (siehe Schaubild 4).

Schaubild 3: Das Verhalten Deutschlands in der internationalen Politik 2005 (Angaben in Prozent)



Quelle: Thomas Bulmahn: Bevölkerungsumfrage 2005, a.a.O., S. 8.

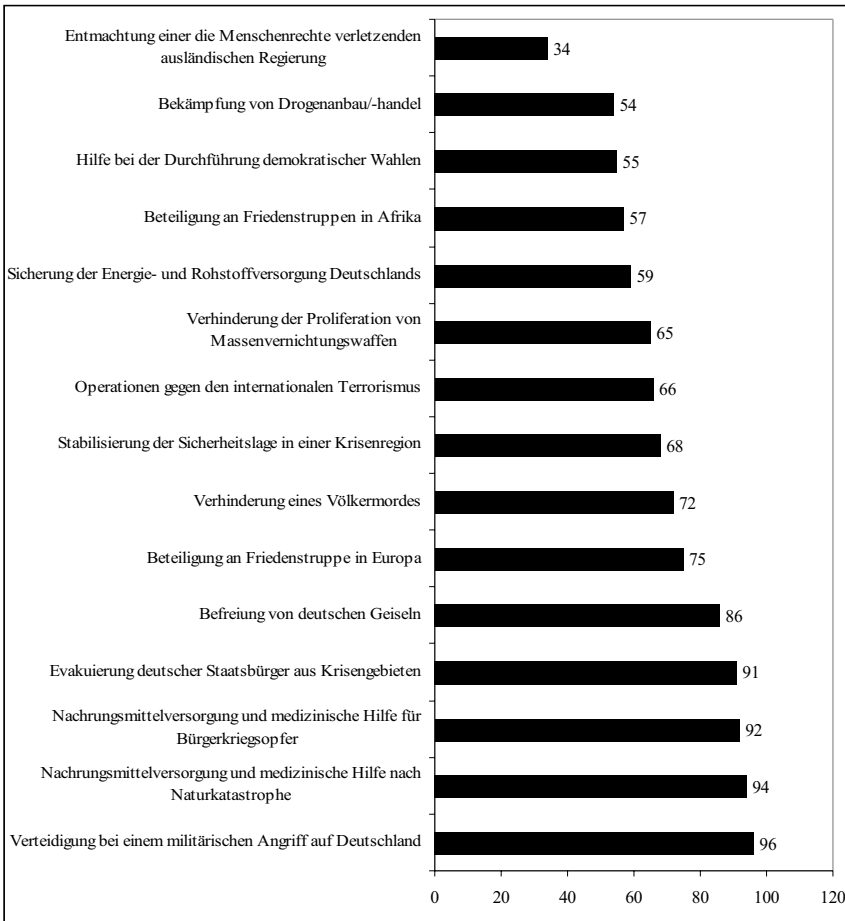
Schaubild 4: Hilfen Deutschlands bei der Bewältigung von internationalen Problemen, Krisen und Konflikten in den Augen der Befürworter einer aktiven Politik 2005 (Angaben in Prozent)



Quelle: Thomas Bulmahn: Bevölkerungsumfrage 2005, a.a.O., S. 16.

Dieses Bild wird allerdings nicht unerheblich relativiert, wenn man in einer zweiten Annäherung danach fragt, welche Aufgaben zum Aufgabenspektrum der Bundeswehr gehören sollten. Hierbei zeigt sich, dass auch diejenigen, die einer Art Schweizer Modell anhängen, d.h. diejenigen, die sich für eine weltpolitische Enthaltensamkeit und Zurückhaltung Deutschlands aussprechen, in einer gegebenen Situation einen Auslandseinsatz der Bundeswehr anraten würden. Es bleibt allerdings der Befund, wonach mit einem zunehmenden Gewaltcharakter einer Maßnahme die Zustimmung in der deutschen Gesellschaft abbröckelt (siehe Schaubild 5).

*Schaubild 5: Das Meinungsbild zu den Aufgaben der Bundeswehr 2005
(Angaben in Prozent)*



Quelle: Thomas Bulmahn: Bevölkerungsumfrage 2005, a.a.O., S. 33-35.

Was sagen uns diese Zahlen? Nun, sie sagen uns, dass die deutsche Gesellschaft den Prozessen der Globalisierung gebührend Rechnung trägt und prinzipiell durchaus anerkennt, dass in solchen Zeiten die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik eines Landes wie Deutschland eine globale Ausrichtung haben muss und dabei dem Faktor Militär, den Streitkräften eine gewisse Rolle zufällt und Deutschland infolgedessen Militärmacht sein muss.

Macht Militär Deutschland?

Das bedeutet allerdings keineswegs, dass Deutschland als Militärmacht notwendigerweise ein militaristisches Land ist oder sein muss. Die oftmals gepflegte Vorstellung, die Bundeswehr sei nun eine sozusagen beliebig einsetzbare Expeditionsarmee nach kolonialem Vorbild, stimmt mit der Realität nicht überein. Richtig ist, dass Deutschland über eine Armee verfügt, die prinzipiell an den meisten, wenn nicht sogar an allen Orten dieser Welt einsetzbar ist. Dies geschieht indes nicht mit der selbstherrlichen Manier, mit der der Elefant den sprichwörtlichen Porzellanladen heimsucht.

Die Bundeswehr, wie auch ihre Einsätze, unterliegen einer ganzen Reihe von Kontrollschleifen, die informellen wie formellen Charakter haben. Da ist etwa die deutsche Geschichte, die eine selbstbeschränkende Disziplinierungswirkung hat und einem militärischen Abenteuererturn zuwiderläuft. Da sind Grundgesetz, internationale Verträge, Abkommen und Vereinbarungen, die den deutschen Streitkräften einen Angriffskrieg untersagen. Da ist ein Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, der mit seinen Ombudsmann-Funktionen als wichtiges Kontrollorgan fungiert. Da ist der Deutsche Bundeswehrverband als Interessenvertretung und Quasi-Gewerkschaft der Soldatinnen und Soldaten. Da sind ein ziviler Verteidigungsminister und eine zivile Entscheidungsgewalt über das Verteidigungsbudget. Da ist ein Parlamentsvorbehalt, der die militärischen Einsätze der Bundeswehr von ihrer parlamentarischen Zustimmung abhängig macht. Da ist ein Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, das Fehlentwicklungen in der Truppe ausfindig machen kann. Da ist die Innere Führung, die den Soldatinnen und Soldaten normative Richtung und Orientierung gibt. Da sind Soldatinnen und Soldaten, die Innere Führung leben und die Ausführung eines militärischen Auftrages verweigern, weil er sich nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren lässt. Da sind außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Grundmaximen wie der Multilateralismus, die Interdependenzorientierung und der Verständigungsgedanke, die nationale Alleingänge unwahrscheinlich machen. Schließlich und nicht zuletzt: Da sind Bürgerinnen und Bürger, die sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen bisweilen auch zu wahlentscheidenden Angelegenheiten machen und die mit nachvollziehbaren Argumenten erklärt bekommen möchten, warum deutsche Soldatinnen und Soldaten in einen gegebenen Einsatz sollen und warum dies den deutschen Interessen entspricht. Und da sind eine kritische Öffentlichkeit und Presse, die ganz selbstverständlich danach fragen, warum ein Einsatz wie der in Afghanistan deutschen Sicherheitsinteressen dient, wenn doch die Duldung des Mohnanbaus in dem nunmehr bedeutendsten Lieferland auch dazu führt, dass ein entsprechendes Drogenangebot in deutschen Metropolen existiert.

Zugegeben: Die aufgeführten Punkte sind gegen ein Scheitern und gegen Fehler oder Defizite nicht gefeit, wie es sich in dem ein oder anderen Fall in der Praxis gezeigt hat. Sie bieten aber eine hinreichende Gewähr dafür, dass die Militärmacht, die Deutschland ist und auch sein muss, eine Militärmacht der doch etwas anderen Art ist.



Dr. Gerhard Kümmel, geb. 1964, Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in Strausberg und Vorsitzender des Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften. Er lehrt Militärsoziologie an der Universität Potsdam. Jüngste Veröffentlichung: *Private Military and Security Companies*, 2007 (mit Thomas Jäger). E-Mail: gerhardkuemmel@bundeswehr.org

